

# Warum ist der Gardasee immer noch nicht ausgetrocknet?

geschrieben von Admin | 9. November 2023

**von Georg Etscheid**

Erst in diesem Frühjahr machte die Nachricht die Runde, der Pegel des Gardasees habe einen historischen Tiefstand erreicht. Nur noch 46 Zentimeter würden gemessen, das Urlaubsparadies der Deutschen sei in Gefahr, drohe gar auszutrocknen. Doch die Panikmache beruhte auf falsch interpretierten Zahlen und beinhartem Glauben an den Klimanotstand. Entwarnung ist angesagt.

Nicht erst seit Karl Lauterbach in Italien den Hitznotstand ausrief und aus seinem Urlaub in Bologna wissen ließ, wenn es „so weitergeht, werden diese Urlaubsziele langfristig keine Zukunft haben“, gilt das einstige Sehnsuchtsland reisefreudiger Deutscher als Epizentrum des Klimawandels, hin- und hergeworfen zwischen Megadürre und Extremhochwasser. Burkini für alle beim Adriaurlaub, um in der sengenden Hitze nicht zu verbrennen? Einlass in Venedig nur noch mit Rettungsweste wie beim Transatlantikflug? Und wenn es mal kräftig geschüttet hat: Besichtigung der Florentiner Uffizien im Schlauchboot?

Auch dieser Tage gehen wieder Meldungen von angeblich nie dagewesenen Regenfluten und schweren Überschwemmungen durch die Medien, diesmal in der Toskana. Kaum auszudenken, welche Angstszenarien die ökologisch bewegte Journaille verbreiten würde, wenn sich wieder eine Flut ereignete, wie jene, die in der Nacht vom 3. auf den 4. November 1966 Florenz heimsuchte. Damals erreichte der aus dem Apennin kommende Arno nach tagelangen Regenfällen Hochwassermarken, die sämtliche Flutereignisse der vergangenen Jahrhunderte übertrafen.

Selbst die weltberühmten Uffizien versanken in den schlammigen Fluten, und auch das Kruzifix von Cimabue, dem Lehrmeister Giottos, in der Basilika Santa Croce wurde durch die mit Heizöl kontaminierten Wassermassen stark beschädigt. Der jämmerliche Anblick des einstigen Meisterwerks, nun entstellt wie ein pockennarbiges Gesicht, wurde zum Symbol für die Katastrophe. Mehr als 30 Menschen starben in der von dem Jahrhunderthochwasser betroffenen Region. Das war lange vor dem von Klimahysterikern wie Lauterbach ausgerufenen Weltuntergang.

Durchschnittliche Tiefe des Sees: 135 Meter

Erinnert sich eigentlich noch jemand an die Meldungen, die erst in diesem Frühjahr aus Italien an deutsche Ohren und Augen drangen? Der Pegel des Gardasees habe einen historischen Tiefstand erreicht! Nur noch 46 Zentimeter würden gemessen, das Urlaubsparadies der Deutschen sei in Gefahr, drohe gar auszutrocknen. Dazu zeigten die Medien Bilder von

trockengefallenen Felsufern an der Spitze der Halbinsel Sirmione und ließen besorgte Touristen und Touristiker zu Wort kommen. Der Stern schrieb sogar, der See sei nur noch zu 38 Prozent gefüllt. Später korrigierte sich das Blatt. Die Prozentangaben hätten sich nur auf den Pegelstand des Sees bezogen. „Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.“

Doch durch die Dauerberieselung der Leser und Zuseher mit Hiobsbotschaften aus einem angeblich der Verwüstung preisgegebenen Italien hatte sich das Bild eines Landes im Klimanotstand schon festgesetzt. In der Tat hatte es im Winter 2022/23 in den Südalpen vergleichsweise wenig geregnet und geschneit. Dadurch war der Pegel des Gardasees gefallen, allerdings nicht auf einen „historischen Tiefstand“, denn im August 1951 hatte man gerade mal 6,8 Zentimeter gemessen. Auch in den Jahren 2003 und 2007 fiel der Pegel unter acht Zentimeter, allerdings erst im September. Jetzt war zwar erst Jahresbeginn, doch 2002, also vor gut zwanzig Jahren, hatte der Pegel ebenfalls zu Jahresanfang bei nur 28 Zentimeter gelegen.

Von Ausnahmesituation konnte also keine Rede sein. Außerdem dürfte den meisten Journalisten und Lesern entgangen sein, dass sich unter einem Pegel von „nur“ knapp einem halben Meter im Frühjahr 2023 an den tiefsten Stellen des Sees noch schlappe 346 Meter Wassersäule erstrecken – die durchschnittliche Tiefe des Sees liegt bei 135 Metern. Bis diese gewaltigen Wassermassen unter den unerbittlichen Strahlen der Klimasonne verdampft sein könnten, würde es wohl genauso lange dauern, wie wenn Grönland oder die Antarktis abschmelzen würden.

Realität widerlegt knackige Klimaschlagzeilen  
Leider ist die Wahrheit oft komplizierter, als es in die Hirne voreingenommener Berichterstatter und in knackige Klimaschlagzeilen passt. Denn der hydrometrische Nullpunkt des Pegels in Peschiera am Südende des Gardasees liegt nicht irgendwo auf dem Grund des Sees, sondern nach allgemeiner Definition unter dem niedrigsten, über eine lange Zeit gemessenen Wasserstand. Dieser Wert dient vor allem dem Wassermanagement des Flusses Mincio, der in Peschiera dem Gardasee entspringt und die intensiven landwirtschaftlichen Kulturen in der Poebene unterhalb von Verona versorgt. Selbst ein Pegel Null bedeutet keineswegs das Trockenfallen des Gardasees. Aber wer interessiert sich schon für solche Feinheiten?

Ende April begann der Wasserstand des Gardasees dann schon wieder zu steigen und erreichte im Juni mit 106 Zentimetern einen ersten Peak – jeder Zentimeter an der Oberfläche entspricht einem Zufluss von 3,7 Millionen Kubikmetern Wasser, eine beachtliche Menge. Danach bewegte sich der Pegel während der gesamten Urlaubssaison auf einem auskömmlichen Niveau mit einem Tiefpunkt von 79 Zentimetern am 18. Oktober 2013, um Ende Oktober steil nach oben zu schießen. Dies waren jene Regenfälle, die auch in der Toskana mancherorts zu schweren Überflutungen geführt hatten. Um die Hochwasser führende Etsch zu entlasten und vor allem Verona zu schützen, wurde sogar der Etsch-

Gardasee-Tunnel geöffnet.

Die zehn Kilometer lange Verbindung zwischen Etsch und Gardasee war schon 1936 unter Benito Mussolini begonnen worden, wurde aber erst 1959 fertiggestellt. Anfang November lag der Pegel des Gardasees bei 126 Zentimetern. Der Allzeit-Höchststand wurde am 2. Juli 1879 gemessen und betrug 216 Zentimeter. Würde dieser Wert heute wieder erreicht, wäre neue Schlagzeilen über Extremwetter und Klimanotstand gewiss.

Von erfreulichen Neuigkeiten liest man nichts  
In Südtirol, also nicht weit entfernt vom Gardasee, hieß es zuletzt, dass die Niederschläge die Grundwasserspiegel wieder aufgefüllt hätten. Die monatelange Trockenheit dieses Jahres sei wieder ausgeglichen. „Wir sind jetzt überall überdurchschnittlich, auch in den Niederschlagssummen des Jahres. Es ist also sehr viel Niederschlag aufgeholt worden. In den hochalpinen Lagen hat es bereits geschneit. Sowohl das Hochwasser als auch die Schneerücklagen, auch hinsichtlich nächsten Frühling, profitieren von diesen Ereignissen“, wird, etwas holprig, der Direktor vom Amt für Hydrologie und Stauanlage der Autonomen Provinz Bozen, Roberto Dinale, zitiert.

Diese überaus erfreulichen Neuigkeiten liest man in den hiesigen Medien natürlich nicht. Wer dieser Tage Italien bereist, fährt durch ein sattgrünes Land. Der Po, dessen Austrocknen gleichfalls prophezeit worden war, führt wieder ebenso reichlich Wasser wie die vom Apennin in die Poebene führenden Wildflüsse, etwa der Taro bei Parma in seinem breiten Schotterbett. Plötzliche Sturzfluten entsprechen den Niederschlagsmustern der berühmten Mittelmeertiefs und der Topografie und sind in dieser Region nicht außergewöhnlich. Leider nicht ungewöhnlich sind in Italien auch ausufernde Zersiedlung und vernachlässigter Hochwasserschutz, was im Ernstfall die Folgen extremer Wetterereignisse potenziert.

Dass der Po vor seiner Eindeichung regelmäßig riesige Gebiete überflutete und gewaltige Schäden anrichtete, kann man in alten Filmen wie „Don Camillo und Peppone“ sehen. Camillo zog noch in einer Bittprozession zu dem unberechenbaren Fluss, der alles verschlingen konnte. Heute beschwört selbst der Papst das Narrativ vom „allein menschengemachten“ Klimawandel.

Georg Etschkeit ist Autor und Journalist in München. Fast zehn Jahre arbeitete er für die Agentur dpa, schreibt seit 2000 aber lieber „frei“ über Umweltthemen sowie über Wirtschaft, Feinschmeckerei, Oper und klassische Musik u.a. für die Süddeutsche Zeitung. Er schreibt auch für [www.aufgegessen.info](http://www.aufgegessen.info), den von ihm mit gegründeten gastrosophischen Blog für freien Genuss, und auf [Achgut.com](http://Achgut.com) eine kulinarische Kolumne.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

---

# Das Riesenkabel zum Riesenakku

geschrieben von Admin | 9. November 2023

**Jüngst feierten deutsche Journalisten einen „Riesenakku“ als Durchbruch für die Energiewende, obwohl ein Nachrechnen höchstens einen Riesen-Flop ergibt. Jetzt ist es ein „Riesenkabel“, das den „Energiewende-Turbo“ bringen soll.**

**von Manfred Haferburg**

Vor einer Woche berichtete die Achse über eine Jubelmeldung des FOCUS-Online:

*Hurra, er ist endlich da, der Durchbruch für das Speicherproblem der Energiewende: der „Riesenakku“ der Gemeinde Diespeck. FOCUS Online jubelt: „Superakku“ kann trotz Dunkelflaute 10.000 Haushalte mit Strom versorgen“. Man muss zu Ende lesen, um herauszufinden, dass er das allerdings nur für eine Stunde kann. FOCUS: „Mit 24 Megawattstunden kann der Superakku sogar 2,4 Millionen Handys laden“. 13 Millionen Euro hat der Spaß gekostet. 13 Millionen fürs Handy laden während der Dunkelflaute? Um Deutschland durch eine echte, eher kleine Dunkelflaute von einer Woche zu bringen, benötigte man ungefähr 50.000 solche Batteriespeicher, die etwa 650 Milliarden Euro kosten würden. Für diese Summe könnte man 50 große Kernkraftwerke bauen. (Link zum Fundstück)*

Leider ist dem Autor dabei ein dummer Rechenfehler unterlaufen. Ein aufmerksamer Leser rechnete nämlich nach und fand heraus:

Jahresstromverbrauch Deutschland 2022: 490 TWh

Stromverbrauch pro Woche (/52): 9.423 GWh

Benötigte Anzahl Speicher der Klasse 24 MWh (= 0.024 GWh):  $9.432 / 0,024 = 392.628$

Es sind also nicht 50.000, sondern fast 400.000 Riesenbatterien für eine Woche Dunkelflaute nötig. Das wäre dann der Investitionswert einer Flotte von 400 großen Kernkraftwerken. Die könnten ganz Europa mit Strom versorgen. Der Rechenfehler ist aber insofern von wenig Belang, dass weder 50 noch 400 Kernkraftwerke gebaut werden können, genauso wenig wie 400.000 Riesenbatterien.

**Ohne Riesen geht es wohl nicht**

Jetzt setzt der FOCUS in seinem Enthusiasmus noch einen drauf: „Riesenkabel zu den Briten soll Deutschland den Energiewende-Turbo bringen“. Offensichtlich wollen die Energiewender vom FOCUS die Riesenbatterie an ein Riesenkabel ankoppeln. Ohne Riesen geht es wohl

nicht. „Interkonnektoren“ und gigantische Kabel: Deutschland und Großbritannien wollen ihre Energie-Partnerschaft vertiefen. Die Verbindung könnte die Energiewende für beide Seiten beschleunigen. Und auch eine Zusammenarbeit beim schwierigen Thema Wasserstoff ist geplant. Eine Zusammenarbeit bei Windparks in der Nordsee über sogenannte hybride Interkonnektoren soll künftig substanzielle „grüne“ Strom- und Wasserstoffimporte generieren, hieß es... Laut Habeck könnten bis zu 1,5 Millionen Haushalte mit „zuverlässiger, erschwinglicher und sauberer“ Energie versorgt werden.“

Da passt folgende Meldung des Spiegel vom September ins Bild: „Britische Ausschreibung für Offshore-Windparks endet ohne Gebot. Bis 2050 will Großbritannien seine Stromproduktion auf hoher See nahezu verdreifachen. Doch bei einer Ausschreibung für subventionierte Windparks fand sich kein einziger Bieter. Schuld soll die Inflation sein. Das bestätigte die Regierung in London nach Ablauf des Bewerbungszeitraums am Freitag“.

Und als kleine Ergänzung von der TAZ: „Neues Atomkraftwerk in Großbritannien: Atomkraft doch bitte? Großbritannien plant ein zweites AKW der neuen Generation – nur ein paar Hundert Kilometer Luftlinie von Deutschland entfernt.“

Zum schwierigen Thema Wasserstoff werde ich mich in einem gesonderten Beitrag auslassen. Doch zum Thema „Riesen“: Ein neues Kernkraftwerk in Großbritannien vom Typ EPR kann vier Millionen Haushalte versorgen. Sollte ich da nicht besser auf der Achse titeln: „Großbritannien plant mehrere Riesenkernkraftwerke“.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

---

## **„Das Ende der liberalen Demokratie? – Die Feinde der Freiheit haben die Klimakrise entdeckt“ Autor: Norbert Patzner**

geschrieben von Admin | 9. November 2023

eine Rezension

**Wenn Komplexität reduziert wird<sup>[1]</sup>**

**Von Felix Dirsch<sup>[2]</sup>**

Viel ist in den letzten Jahren über das „Klima-Paradigma“ (Ernst-Peter Ruewald) geschrieben worden. Dieses wissenschaftliche Großmodell, das längst zu einer letzten Metaerzählung mutiert ist, die in alle Bereiche des Alltags hineinreicht, ist selbst für Fachleute schwer zu überschauen. Die mit Argusaugen von Klimatologen und Journalisten registrierten Klimaveränderungen haben nicht zuletzt extraterrestrische Ursachen. So sind in spärlicher Auswahl Solarkonstanten, die Variation der Sonnenstrahlung, die Rotation der Milchstraße und Gezeitenkräfte anzuführen.

Weiter relevant sind terrestrische Einwirkungen wie Vulkanismus, Kontinentaldrift, Albedo-Effekt und ozeanische Zirkulation.

Vor diesem multifaktoriellen Hintergrund ist der Geograph Werner Kirstein unlängst zu dem Schluß gekommen: Der Klimawandel sei Realität, Irrtum und Lüge – je nachdem, aus welcher Perspektive man ihn betrachtet. Folglich überrascht es nicht, daß Politiker, Talkshowdiskutanten und Mitarbeiter von Klimainstituten gern auf einfache Weise den gordischen Knoten durchschlagen: Das anthropogene CO<sub>2</sub> ist demnach die Ursache aller Orkane, Hitzewellen und Überflutungen. Die natürlichen Einflußgrößen werden deshalb zumeist vernachlässigt, weil sich aus ihnen keine politökonomische Handlungsagenda ableiten läßt. Gegen solche Komplexitätsreduktion wendet sich der Ingenieur im Ruhestand Norbert Patzner. Er schließt sich einer langen Reihe von Autoren an, die von dem ehemaligen tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus bis zu den Mitgliedern der Denkfabrik EIKE reicht und dem Motto folgt: „Nicht das Klima ist gefährdet, sondern die Freiheit“

Patzners Schrift ist deshalb so lesenswert, weil sie mit fundierten wie verständlichen Argumenten Zweifel an der These vom primär anthropogenen Klimawandel artikuliert; die Irrwege der deutschen Energiepolitik werden klar benannt. Alle wesentlichen Bereiche des „Klimaparadigmas“ berücksichtigt der Autor, darunter das in jedem Smalltalk über den Klimawandel fast unvermeidbare Thema der Gletscherschmelze. Es muß herhalten als besonders sicheres Indiz für die menschengemachte Erderwärmung. Indessen schmolzen etliche bekannte Gletscher schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts, als der CO<sub>2</sub>-Ausstoß noch außerordentlich gering war.

Weiterhin scheut der Autor nicht zurück, einige der politischen, ökonomischen und sonstigen Facetten der oft von hysterischen Untertönen begleiteten Globalkontroverse hervorzuheben.

Auch um die von manchen als heikel empfundenen Themen Große Transformation, Neue Weltordnung und die mit dem der Umverteilung des Weltvermögens verbundenen Wohlstandsverluste macht er keinen Bogen. Ein besonders dunkles Kapitel einer angeblich so freien Gesellschaft wie der unseren ist die weitgehende Gleichschaltung der Medien. „Klimaleugner“ – so unsinnig der Begriff ist – dürfte noch die vornehme Variante der Verleumdung sein, in jüngster Zeit hört man vermehrt sogar die

Diffamierung „Klimarassismus“.

Ein noch düstereres Kapitel stellt die gerade in den letzten Jahren immer unverhohlener propagierte Gewalt, etwa seitens der „Klimakleber“ dar; zudem ist die in vielen ökologischen Debatten hervortretende Menschenfeindlichkeit unübersehbar. Ein Demozid als extreme Lösung wird zumindest diskutiert.

Patzner schließt mit einer interessanten Betrachtung über verschiedene Energiequellen. Das Buch zählt zu den wichtigsten Aufklärungsschriften, die in den vergangenen Jahren zur Problematik erschienen sind.

1. Buchbesprechung: OCR-Übertragung aus: „Junge Freiheit“ Nr. 43/23 vom 20. Oktober 2023/Seite 31 †
2. Dr. phil. Felix Dirsch (\*1967 in Erding) ist ein deutscher katholischer Theologe und Politikwissenschaftler. Von 1994 bis 1996 wissenschaftlicher Assistent von Hans Maier am Lehrstuhl für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie (RomanoGuardini-Lehrstuhl) der LMU München. Von 1996 bis 1998 war Dirsch als Vertretungslehrer tätig. Neben der Arbeit im Schuldienst wirkte er über einen längeren Zeitraum in der Erwachsenenbildung. 2006 wurde er mit einer Arbeit zum Thema „Solidarismus und Sozialethik. Ansätze zur Neuinterpretation einer modernen Strömung der katholischen Sozialphilosophie“ von der Hochschule für Philosophie München promoviert. November 2023 † Der Beitrag erschien zuerst in der JF 43/23 S 31

---

## Habecks Brücke in die Deindustrialisierung

geschrieben von Admin | 9. November 2023

**Die Befürworter des Brückenstrompreises verfolgen eine zynische Politik. Mit gigantischen Subventionen wollen sie die Folgen der ökologischen Klimapolitik möglichst lange verschleiern.**

**Von Alexander Horn**

Mit der vorangeschrittenen Überwindung der Folgen der Corona-Krise und des Kriegs in der Ukraine lichtet sich der Nebel über der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Zwar werden noch immer viele Nebelkerzen geworfen, die Ursachen der nicht enden wollenden wirtschaftlichen Malaise werden jedoch immer deutlicher. Es zeigt sich

nun, dass die deutsche Wirtschaft und insbesondere die Industrie nicht etwa wegen Lieferkettenproblemen und Energiemangel – die inzwischen weitgehend überwunden sind –, sondern dessen ungeachtet in einer tiefen wirtschaftlichen Krise stecken.

Auslöser für diese Talfahrt ist die in Deutschland längst in Gang gekommene Deindustrialisierung, die von steigenden Energiepreisen, vor allem von den seit Jahrzehnten rasant steigenden Strompreisen, ausgeht. Entgegen der gebetsmühlenartigen Behauptung, die Deindustrialisierung beginne erst jetzt, drohe nur oder sei nicht zu erwarten, sind die Schleifspuren der ökologischen Klimapolitik schon seit Anfang der 2000er Jahre erkennbar. Denn diese Klimapolitik will ohne jede Rücksicht auf den gesellschaftlichen Wohlstand eine sogenannte Klimaneutralität erreichen, indem sie massive und extrem teure Senkungen des Energieverbrauchs durchzusetzen versucht. Gleichzeitig zielt sie darauf ab, den verbleibenden Bedarf ausschließlich mit den nur begrenzt verfügbaren und zudem teuren erneuerbaren Energien zu decken, hierzulande vor allem mit Wind- und Sonnenenergie.

Seit dem konjunkturellen Aufschwung vor der Finanzkrise 2008 sinkt die Produktion der energieintensiven Industriebranchen, darunter der Stahl-, Chemie- und Papierindustrie, die eine Million relativ gut bezahlter Industriearbeitsplätze und ein Fünftel der industriellen Wertschöpfung in Deutschland in die Waagschale werfen. Bis zum Beginn des Ukraine-Kriegs war deren Produktion, begleitet von der Desinvestition dieser Branchen, bereits um zehn Prozent geschrumpft. Seitdem ist die Wertschöpfung um weitere knapp 20 Prozent eingebrochen. Die energieintensiven Unternehmen haben die Produktion zurückgefahren oder stillgelegt, und sind, wo dies aufgrund vorhandener Kapazitäten möglich war, auf andere Standorte im Ausland ausgewichen. Somit liegt das derzeitige Produktionsniveau etwa 30 Prozent niedriger als noch vor der Finanzkrise 2008 und es sinkt derzeit weiter, wie das Statistische Bundesamt ausweist.

Ausgehend von der Deindustrialisierung in den energieintensiven Branchen ist die Produktion der gesamten Industrie seit 2018 zurückgegangen, also schon deutlich vor dem Beginn der Corona-Krise. Die Schrumpfung der energieintensiven Branchen ist so ausgeprägt, dass die anderen Industriebranchen deren Produktionsschrumpfung seit 2008 nicht mehr ausgleichen können. So liegt die heutige industrielle Wertschöpfung in Deutschland etwa fünf Prozent unter dem Niveau von 2008.

## **Grüne Herzen schlagen für die Industrie**

Wie schlecht es um die Industrie steht, lässt sich daran ablesen, dass ausgerechnet diejenigen, die bisher den energiepolitischen Kurs zum kompletten Ausstieg aus fossilen und konventionellen Energien am vehementesten durchsetzen und dadurch für explodierende Strompreise sorgen, nun ihr Herz für die energieintensiven CO<sub>2</sub>-Emittenten entdecken. So findet die Bundesvorsitzende der Grünen Ricarda Lang inzwischen, es

sei „wichtig, energieintensive Unternehmen zu entlasten“. Bundeswirtschafts- und -klimaminister Robert Habeck (Grüne) kämpft für massive Subventionen, um energieintensiven Betrieben durch die Einführung eines verbilligten Industriestrompreises die Existenz zu sichern.

In der von ihm in der vergangenen Woche vorgestellten industriepolitischen Strategie wird der „Brückenstrompreis“ sogar als „das entscheidende Instrument“ zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit dargestellt. Mit dem Brückenstrompreis hatte Habeck bereits im Mai auf Forderungen aus der Industrie reagiert und eine Subvention für energieintensive Unternehmen ins Spiel gebracht. Diese soll vorläufig auf die 2020er Jahre befristet sein und insgesamt etwa 30 Milliarden Euro kosten. Energieintensive Unternehmen könnten dann von einem subventionierten Strompreis von sechs Cent pro Kilowattstunde profitieren. Komme dieser Strompreis nicht, „drohen Produktionsrückgänge oder sogar die Abwanderung strukturell wettbewerbsfähiger Unternehmen aus Deutschland“, so Habecks industriepolitische Strategie.

## **Grünes Eldorado?**

Bei der Vorlage des Arbeitspapiers zum Brückenstrompreis begründete Habeck dieses Instrument damit, dass die Industrie erst langfristig „von günstigem Strom aus Erneuerbaren Energien profitieren“ werde. Dazu müsse „der massive Ausbau von Erneuerbaren Energien [...] mit klugen Instrumenten für den direkten Zugang der Industrie zu billigem grünem Strom gekoppelt“ werden. Bis diese „Langfristmaßnahmen greifen“, könne man jedoch nicht warten, so Habeck weiter, sondern brauche „eine Brücke [...], die dann in eine Zukunft mit niedrigen erneuerbaren Strompreisen und ohne Subventionen führt.“

Dieses von Habeck gebetsmühlenartig wiederholte Narrativ eines nur vorübergehend erforderlichen Brückenstrompreises wird auch von den Kritikern seines Konzepts nicht in Frage gestellt. So teilt Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der dem Brückenstrompreis ablehnend gegenübersteht, das Narrativ eines auf lange Sicht grünen Eldorados mit billiger erneuerbarer Energie. Dieser irrigen Vorstellung folgend hat Scholz in diesem Sommer auf einer Veranstaltung des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI) erklärt, dass er die Energiewende „vom Ende her“ denke und das „Ziel, [...] ein Industriestrompreis von vier Cent“ als Ergebnis der sozial-ökologischen Transformation stehe.

Ein Strompreis von 4 Cent/kWh, wie vom Bundeskanzler versprochen, ist wahrlich eine großartige Aussicht. Denn in Deutschland lagen die Strompreise für Privathaushalte, die anders als große Teile der Unternehmen nicht von vergünstigten Tarifen profitieren, bereits vor dem Beginn des Kriegs in der Ukraine im Jahr 2021 bei durchschnittlich 32 Cent/kWh.

Verantwortlich für die hohen Preise ist der steigende Anteil des

eingespeisten hochsubventionierten Wind- und Solarstroms. Von fast null zur Jahrtausendwende ist der Anteil von Wind- und Solarstrom am Bruttostromverbrauch in Deutschland auf inzwischen knapp ein Drittel angestiegen. Dadurch sind die Strompreise für Privathaushalte von damals 14 Cent/kWh auf durchschnittlich etwa 32 Cent/kWh im Jahr 2021 gestiegen. Wohin diese Reise führt, zeigt sich noch deutlicher in Dänemark, wo die Stromkunden sogar noch mehr als in Deutschland zahlen. Dort basiert die Stromerzeugung zu einem höheren Anteil auf Wind- und Solarenergie, weswegen die Privathaushalte 2021 bereits 37 Cent/kWh berappen mussten.

## **Strom immer teurer**

Die mit zunehmendem Anteil der Erneuerbaren steigenden Strompreise sind jedoch nur ein Vorgeschmack auf die anstehende Strompreisexplosion der nächsten Jahrzehnte. Denn mit einem steigenden Anteil der volatilen Erneuerbaren und dem vorgesehenen vollständigen Ersatz der grundlastfähigen und flexiblen konventionellen Stromquellen wie Kohle, Atomkraft und Erdgas müssen erneuerbare Energien so transformiert werden, dass sie auch während Dunkelflauten bedarfsgerecht Strom liefern.

Eine Möglichkeit, um dies zu bewerkstelligen, besteht darin, den Wind- und Solarstrom mittels Elektrolyse in Wasserstoff umzuwandeln, diesen zu speichern, um ihn dann bedarfsgerecht in Wasserstoffturbinen zur Stromerzeugung zu nutzen. Aufgrund physikalischer Wirkungsgrade gehen bei dieser Transformation etwa drei Viertel der ursprünglich erzeugten Wind- und Solarenergie verloren. Dadurch wird ein Vielfaches an erneuerbarer Energie benötigt, was sich entsprechend im Preis niederschlägt. Zusätzlich wird das Preisniveau dadurch nach oben getrieben, dass gigantische Kapazitäten zur Elektrolyse, Wasserstoffspeicherung und Wasserstoffverbrennung aufgebaut und betrieben werden müssen, um die erforderliche Energietransformation zu ermöglichen.

Da sich diese energiepolitischen Realitäten erst in vielen Jahren oder sogar erst in Jahrzehnten auswirken werden, nämlich erst dann, wenn die Erneuerbaren bedarfsgerechten Strom liefern müssen, lässt sich diese Problematik bislang getrost beiseiteschieben und die Illusion sogar sinkender Strompreise aufrechterhalten.

So findet der von Habeck ins Spiel gebrachte Brückenstrompreis viele Fürsprecher, zum Beispiel in der energieintensiven Wirtschaft, deren Unternehmens- und Gewerkschaftsvertreter nach Subventionen lechzen und mit Recht fürchten, dass sie früher oder später ohnehin ihre Betriebe schließen müssen. Ausgerechnet Unternehmen, denen unter den Prämissen der ökologischen Klimapolitik die Stromkosten davonlaufen, sind zu den größten Anhängern dieser Klimapolitik mutiert. Sie sehen in staatlichen Subventionen und zunehmendem EU-Protektionismus eine Chance, einerseits die Kosten senken und andererseits die Preise hoch halten zu können. Sie

spekulieren auf staatliche Subventionen in großem Stil, da insbesondere die Politik den von den energieintensiven Industrien ausgehenden drohenden Kollaps der Industrie in Deutschland verhindern und stattdessen eine schleichende Deindustrialisierung ermöglichen will.

## **Schrecken ohne Ende**

Langfristig am stärksten betroffen sind jedoch diejenigen energieintensiven Unternehmen, die einen hohen Anteil fossiler Energie- und Rohstoffe einsetzen und auf Dauer auf klimaneutral erzeugten Wasserstoff oder Strom umstellen müssen. Noch immer beziehen sie, im Vergleich zu den hohen Strompreisen, vergleichsweise sehr billige fossile Rohstoffe, die jedoch in den nächsten Jahren zunehmend der CO<sub>2</sub>-Bepreisung unterworfen werden. Langfristig können sie nur überleben, wenn der Staat nicht nur Milliarden subventionen für die technologische Umstellung – etwa für grünen Stahl – leistet, sondern die hohen Kosten für klimaneutralen Strom und Wasserstoff dauerhaft heruntersubventioniert.

In diesen Unternehmen sehen Eigentümer- wie auch Arbeitnehmerseite zeitnah fließende Dauersubventionen als einzige Chance, um einen Teil des investierten Kapitals sowie der Jobs zumindest über einen gewissen Zeitraum zu retten. So kann die langfristige Abwicklung dieser Industrien sowohl für die Kapital- wie auch für die Arbeitnehmerseite profitabilitätssichernd bzw. sozialverträglich erfolgen. Die Industrie verschwindet nicht mit einem großen Knall, sondern durch eine Fortführung der bisherigen Desinvestitionsstrategie, die eine schleichende Deindustrialisierung bewirkt.

## **Brücke in die Deindustrialisierung**

Die vielen hundert Milliarden Subventionen, die Habeck seiner industriepolitischen Vorstellungen zufolge unter anderem als „Brückenstrompreis“ in die Industrie pumpen will, dienen nicht dazu, die Industrie zu retten und die „Wettbewerbsfähigkeit“ der Unternehmen zu erhalten. Wie bereits einige Ökonomen erklärt haben, sind die energieintensiven Industrien unter den Prämissen der ökologischen Klimapolitik nicht zu retten. Das hat diese Kritiker jedoch in aller Regel nicht dazu bewegt, öffentlich an dieser Klimapolitik zu zweifeln. Man sollte, wie der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), Moritz Schularick, kürzlich ausgeführt hat, „das Geld nicht in die energieintensive Industrie stecken, sie wird auf Dauer ohnehin verschwinden“. Also frei nach dem Motto: Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Die Kritiker sehen vielmehr das Problem, dass die Subventionen nur vergleichsweise wenigen Betroffenen zukommen. Die große Masse der verbleibenden Unternehmen würde jedoch zusätzlich geschädigt, weil sie letztlich für diese Subventionen aufkommen müssen, entweder unmittelbar

über noch höhere Energiepreise oder indirekt durch die Finanzierung steigender Staatsschulden.

Dieser Sichtweise folgend hat sich Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) inzwischen zwar gegenüber der von den Verbänden geforderten Verlängerung des Spitzenausgleichs, einer bisher gewährte Subvention von etwa 1,7 Milliarden Euro jährlich für derzeit etwa 6.000 energieintensive Betriebe, kompromissbereit gezeigt. Den Brückenstrompreis lehnt er hingegen ab, denn er sei „nicht davon überzeugt, für einige wenige Konzerne den Strompreis auf Kosten von allen Steuerzahlern zu subventionieren“. Lindners Kalkül besteht offenbar darin, die Unternehmen, die trotz dauerhaft steigender Energiepreise zumindest eine Chance auf Weiterbestand haben, vor zusätzlichen Belastungen zu bewahren.

Habeck und andere Befürworter des „Brückenstrompreises“ wiederum fürchten, dass ein regelrechter Kollaps der energieintensiven Industrie den in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien etablierten Konsens über die ökologische Klimapolitik ins Wanken bringen könnte, da die Bürger aufbegehren. Ihnen geht es nicht darum, die Industrie und die Jobs zu retten, sondern einzig um die Rettung ihrer Klimapolitik vor den Bürgern. Um dies zu erreichen, müssen sie die Folgen der ökologischen Klimapolitik möglichst lange verschleiern.

Die von Habeck aufgegriffene Idee einer Brücke ist ein genialer Slogan, denn so gelingt es unwidersprochen, eine ferne, bessere Zukunft in Aussicht zu stellen und mit Hilfe gigantischer Subventionen die Zustimmung der hauptsächlich betroffenen Unternehmen und ihrer Beschäftigten zu dieser Politik zu erkaufen. Der „Brückenstrompreis“ zur vermeintlichen Rettung der Industrie ist ein zynisches Vorhaben, denn er bildet nichts anderes als eine Brücke in die schleichende Deindustrialisierung.

*Mehr von Alexander Horn lesen Sie in seinem aktuellen Buch „Die Zombiewirtschaft – Warum die Politik Innovation behindert und die Unternehmen in Deutschland zu Wohlstandsbremsen geworden sind“ mit Beiträgen von Michael von Prollius und Phil Mullan.*

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

---

## **EU-Strommarktreform: Ein Pyrrhussieg**

# für Frankreich?

geschrieben von Admin | 9. November 2023

## Edgar L. Gärtner

Die Verhandlungen zwischen den EU-Regierungen über eine Ablösung der Strompreis-Festlegung nach dem Merit-order-Prinzip waren seit Monaten festgefahren. Der Grund: Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs verfolgen hier völlig konträre Interessen. Der Berliner Ampel-Regierung kommt es entgegen, wenn der Strompreis im europäischen Verbundsystem von den teuersten Kraftwerken, d.h. den mit Erdgas betriebenen bestimmt wird. Die Pariser Regierung unter Staatspräsident Emmanuel Macron und Premierministerin Elisabeth Borne hingegen musste sich mit der mit immer größerem Nachdruck von den französische Stromkunden gestellten Frage auseinandersetzen, warum die Strompreise in Frankreich nicht von den vergleichsweise niedrigen Gestehungskosten der hier dominierenden Kern- und Wasserkraftwerke bestimmt werden. Die Berliner Regierung sieht darin allerdings eine Wettbewerbsverzerrung.

Die Klausurtagung der beiden Regierungen am 9. und 10. Oktober in Hamburg auf Einladung von Bundeskanzler Olaf Scholz brachte in dieser Frage zwar keinen Durchbruch, endete aber immerhin mit der Ankündigung, demnächst werde der Entwurf einer Vereinbarung über die Reform des Strommarkts der EU vorgelegt. Die spanische Regierung, die zurzeit die rotierende EU-Ratspräsidentschaft innehat, legte einen Kompromissvorschlag schon am folgenden Tag, dem 12. Oktober, vor. Dieser Vorschlag schloss aber die von Paris gewünschte Möglichkeit aus, die Ertüchtigung der 56 zurzeit betriebenen französischen Kernreaktoren für eine Laufzeitverlängerung von 10, 20 oder mehr Jahren mithilfe von Differenzverträgen (CfDs) zu finanzieren, wie sie bei der Ausschreibung von Windparks bereits üblich sind. Das hatte auch die EU-Kommission im März 2023 vorgeschlagen.

Differenzverträge (Contracts for Difference, CfD) galten bislang als ein Vergütungsmodell der Wahl bei der Ausschreibung von Kapazitäten erneuerbarer Energien wie vor allem Windparks, denn sie erlauben den Anbietern auch bei starken Preisschwankungen einen regelmäßigen Erlös. Nimmt der Stromerzeuger am Markt weniger ein als den vereinbarten Fixpreis, wird ihm die Differenz vom Vertragspartner ausgeglichen; nimmt er mehr ein, führt er die Differenz zum Fixpreis an den Vertragspartner ab. Der Erzeuger wird damit von dem Risiko sinkender Marktpreise entlastet, im Gegenzug wird sein Gewinn bei steigenden Marktpreisen begrenzt. Das gilt als Vorteil gegenüber der Förderung von Stromanbietern über Marktprämien. Denn dabei dürfen die Anbieter mögliche „Übergewinne“ behalten. Für das französische Strom-Monopol EDF hätten CfDs, so hoffte man, obendrein den Vorteil, dass sie das seit 2010 durch das Gesetz über die neue Organisation des Elektrizitätsmarktes (NOME) eingeführte ARENH-Tarifsysteem ablösen

könnten. Danach ist EDF verpflichtet, etwa ein Viertel (100 TWh) seines in Kernkraftwerken erzeugten Stromes gemäß der Verordnung ARENH (Accès réglementé à l'électricité nucléaire historique) zum Festpreis von € 42,-/MWh an alternative (z.T. Grüne) Strom-Großhändler ohne eigene Produktionskapazitäten abzugeben. (Die Gestehungskosten für Atomstrom werden in Frankreich derzeit auf mindestens 60 Euro je Megawattstunde geschätzt. Der Marktpreis für Strom lag zeitweise bei fast 400 €/MWh.) Dieses staatlich verordneten Verlustgeschäft hat nicht wenig zur augenblicklichen finanziellen Schieflage des Stromriesen beigetragen. Das auf Druck der EU eingeführte NOME-Gesetz mit dem Ziel, die Monopolstellung von EDF zu verringern, gilt nur bis Ende 2025.

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 6. April 2023 zur Entwicklung der Industriestrompreise im Hinblick auf die von Bundeskanzler Scholz versprochenen 4 ct/kWh (BT-Drucksache 20/6350) ging die Bundesregierung davon aus, dass der reglementierte ARENH-Tarif mehr als 50 Prozent des Strombedarfs der französischen Industrie deckt. Das ermöglichte im Jahre 2021 einen durchschnittlichen Industriestrompreis um 10,6 ct/kWh ohne Mehrwertsteuer gegenüber 53,4 ct/kWh (inklusive Stromsteuer) im zweiten Halbjahr 2022 in Deutschland. Es gibt in Frankreich weitere Beihilfen für stromintensive Betriebe, die bei einer Anlaufstelle von Fall zu Fall beantragt werden müssen. Schon vor der Einführung des ARENH haben sich allerdings 27 energieintensive französische Unternehmen zu einem Stromeinkaufs-Konsortium namens *Exeltium* zusammengeschlossen, das mit EDF einen bis Ende 2034 laufenden privatwirtschaftlichen Liefervertrag zu noch günstigeren Konditionen abgeschlossen hat. Das erwähne ich hier nicht nur, weil es zusätzlich dazu beiträgt, die von Neid genährte deutschen Klagen über Wettbewerbsverzerrungen zu begründen.

Denn in dem am 17. Oktober in der EU-Ministerkonferenz zwischen Deutschland und Frankreich erzielten Kompromiss werden solche langfristigen Verträge ausdrücklich empfohlen. EDF möchte zumindest einen Teil der angekündigten neuen Kernkraftwerke vom Typ EPR2 mithilfe solcher Verträge finanzieren. Da bei großen KKW die Brennstoff- und Lohnkosten gegenüber den Investitionskosten kaum ins Gewicht fallen, gelten hier solche langfristigen Verträge als Finanzierungsinstrument der Wahl. Bereits das inzwischen auf Druck der Grünen stillgelegte elsässische KKW Fessenheim wurde mithilfe deutscher und schweizersicher Projektpartner auf diese Weise finanziert.

CfDs, die in dem am 17. Oktober angenommenen Kompromiss-Papier entgegen dem spanischen Votum ebenfalls als Finanzierungsinstrument empfohlen werden, sind nach Ansicht des früheren EDF-Managers und heutigen Energie-Consultants François Henimann für die Finanzierung großer Nuklearprojekte weniger gut geeignet, weil sie nur das Risiko von Marktschwankungen begrenzen, aber das Risiko des Scheiterns von Projekten ganz beim Projektbetreiber belassen. Zurzeit wird der von EDF Energy am Standort Hinkley Point in Großbritannien errichtete EPR mithilfe eines CfD finanziert. EDF Energy, sein britischer Partner GCN

und der britische Staat haben sich hier auf einen Fixpreis von 96 Pfund (115 Euro) je MWh über 35 Jahre geeinigt. Würden CfDs aber, wie gewünscht, in Frankreich das ARENH-System ablösen, habe das, entsprechend den Schwankungen der Marktpreise für Strom, enorme Geldflüsse zwischen dem Staat und dem Kraftwerksbetreiber über die gesamte Vertragslaufzeit zur Konsequenz. In der Tat soll das nächste EPR-Projekt von EDF in England bei Sizewell mithilfe des britischen Staates stattdessen über regulierte Preise finanziert werden. Ziel ist hier ein Gestehungspreis von 60 Pfund (etwa 70 Euro) je Megawattstunde. Henimann fragt deshalb, warum die französische Regierung bzw. ihre Energiewendeministerin Agnès Pannier-Runacher im EU-Ministerrat nicht die Einführung regulierter Strompreise angeregt haben. Nach der französischen Commission de Régulation de l'Énergie (CRE) genüge die Anhebung des ARENH-Tarifs von 42 auf 50 bis 55 €/MWh in Verbindung mit sinkenden Gaspreisen und der bereits erfolgten Anhebung der Verbraucherpreise, um die Finanzen von EDF wieder ins Lot zu bringen.

Für das laufende Jahr hatte die CRE aufgrund des Mixes zwischen dem ARENH-Tarif und einem Marktpreis von 398 €/MWh einen Tarif régulé de vente d'électricité (TRVE) von 238 €/MWh berechnet. Das erlaube EDF nach einer Tarifierhöhung von 15 Prozent zum Jahresbeginn, so Henimann, auskömmliche Einnahmen von 95 €/MWh. Nach einer weiteren Erhöhung der Endverbraucher-Tarife von 10 Prozent im August komme EDF auf garantierte Einnahmen von 111 €/MWh. Für 2024 erwartet Henimann aufgrund der Wiederinbetriebnahme weiterer Kernreaktoren nach einer erzwungenen Pause wegen Wartung und Reparatur und des inzwischen auf etwa 50 €/MWh gesunkenen Gaspreises noch günstigere Bedingungen. Aber die Ermittlung des TRVE im Einklang mit dem Merit-order-Prinzip bleibe eine Inflationsmaschine. Noch immer sei der TRVE doppelt so hoch wie der Durchschnittspreis des französischen Strommixes. Deshalb sei eine tiefgreifende Reform des europäischen Strommarktes unumgänglich.

Henimann wundert sich, dass die EU-Kommission in ihrem Papier zur Vorbereitung des am 17. Oktober beschlossenen Kompromisses die Kernenergie überhaupt nicht erwähnt und dass die französische Regierung in den zähen Verhandlungen, die dem Kompromiss vorausgingen, keine Finanzierung großer Kernenergie-Projekte über regulierte Preise in die Diskussion gebracht hat. Das ist umso verwunderlicher, als der Euratom-Vertrag vom 25. März 1957 unbestritten zu den Gründungsdokumenten der Europäischen Union gehört. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem am 22. September 2020 in einem Rechtsstreit zwischen der EU-Kommission und Österreich ausdrücklich bestätigt. Die EU-Kommission ist danach verpflichtet, die Entwicklung der Kernenergie nicht nur zu dulden, sondern aktiv zu fördern – mit dem Ziel, preiswerte Energie im Überfluss bereitzustellen, um Wohlstand für alle zu ermöglichen.

Fazit: Solange die Kernenergie hauptsächlich in Form von Großkraftwerken genutzt wird, bleibt es illusorisch, ihren Ausbau marktwirtschaftlich sauber finanzieren zu wollen. Langfristige privatwirtschaftliche Lieferverträge zwischen Kraftwerksbetreibern und Stromeinkaufs-

Konsortien bieten zwar die Möglichkeit, Kernenergieprojekte unabhängig von den Unwägbarkeiten der Politik zu finanzieren. Doch gelten staatlich regulierte Preise als kostengünstiger. Solche Regelungen wären kein Problem, wenn die Regierungen sich an abgeschlossene langfristige Verträge halten würden. In der EU ist das aber leider nicht mehr selbstverständlich.